

Aus dem Plenum

Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der NSU-Verbrechen eingesetzt

Der Thüringer Landtag kam vom 25. bis 27. Januar zu seinen ersten Plenarsitzungen in diesem Jahr zusammen. Auf Antrag der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde der Untersuchungsausschuss „Mögliches Fehlverhalten der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden, einschließlich der zuständigen Ministerien unter Einschluss der politischen Leitungen, sowie der mit den Sicherheitsbehörden zusammenarbeitenden Personen im Zusammenhang mit Aktivitäten rechtsextremer Strukturen, insbesondere des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) und des „Thüringer Heimatschut-

zes“ (THS) und seiner Mitglieder, sowie mögliche Fehler der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden bei der Aufklärung und Verfolgung der dem NSU und ihm verbundener Netzwerke zugerechneten Straftaten“ eingerichtet. Zur Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wurde Dorothea Marx (SPD) gewählt, ihre Stellvertreterin ist Martina Renner (DIE LINKE). In diesem Zusammenhang debattierten die Volksvertreter über eine Änderung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes, welches eine Anpassung der Regelungen über die Kontrolltätigkeit der Parlamentarischen Kontrollkommission (ParlKK) an die Regelung des

Bundes vorsieht, um die Informations- und Handlungsmöglichkeiten der ParlKK transparenter zu gestalten. Zudem berieten die Abgeordneten über eine Änderung des Thüringer Untersuchungsausschussgesetzes zur Stärkung der Rechte von Untersuchungsausschüssen als wirksames Kontrollwerkzeug des Parlaments - insbesondere der Opposition als Minderheit - gegenüber der Regierung. Darüber hinaus wurde das Gesetz über den Beitritt zum Staatsvertrag über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder von den Abgeordneten verabschiedet. In ihrer Aktuelle Stunde thematisierte

die Fraktion der CDU das Thema „Staatsleistungen an die Kirchen in Thüringen: Kein Anlass für Neubewertungen“, die SPD diskutierte in ihrer Aktuelle Stunde über den Solarstandort Thüringen. Ebenso debattierte die Fraktion DIE LINKE in einem weiteren Tagesordnungspunkt über eine menschenwürdige medizinische Behandlung von Flüchtlingen. Die Abgeordneten der FDP-Fraktion beschäftigten sich mit der Stärkung der Leistungsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren. Über die Umsetzung von ‚Rio + 20‘ in Thüringen debattierten die Parlamentarier auf Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Mit einer Gedenkveranstaltung im Thüringer Landtag und einer Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Buchenwald erinnerten Landtag und die Landesregierung am 27. Januar 2012 anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktags an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Während der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal sagte Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU): „Unser Gedenken ist den Millionen Opfern gewidmet, die der Nationalsozialismus in aller Welt gefordert hat. Wir verneigen uns in ehrendem Gedenken vor all jenen Menschen, die dem Rassenwahn, der Grausamkeit und Intoleranz zum Opfer fielen. Wir wollen die Erinnerung an ein sich immer weiter entfernendes Menschheitsverbrechen wach halten, nicht um Schuldgefühle hervorzurufen, sondern um Verantwortungsbewusstsein zu wecken.“ Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) und Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU)

eröffneten die Gedenkveranstaltung. Ottomar Rothmann, ehemaliger Häftling des Konzentrationslagers Buchenwald und Mitglied im Häftlingsbeirat hielt die Gedenkrede. Bei der sich anschließenden Kranz-

des Senats der Republik Italien, Senator Renato Schifani, anwesend. Mit einem Kranzgebilde gedachte er besonders der italienischen Opfer.

„An Auschwitz und Buchenwald wird uns die Unabweis-

tionslager in Europa erinnern uns daran, wie nah Intoleranz, Terror gegen Andersdenkende und Völkermord beieinander liegen können. Sie mahnen uns daher, allen Regungen von Fremdenhass und allen Angriffen auf die Menschenwürde konsequent und entschieden entgegenzutreten. Die Opfer der Nationalsozialisten bleiben unvergessen“, so die Landtagspräsidentin.

Im Vorfeld des Gedenktags fanden am 16. Januar 2012 Zeitzeugengespräche in den Räumen des Thüringer Landtags statt. Überlebende der Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora haben rund 280 Schülern über ihre Erlebnisse und Erfahrungen berichtet (Seite 2). Am 27. Januar vor 67 Jahren wurde das Konzentrationslager Auschwitz befreit. Jedes Jahr wird mit dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus an dieses Ereignis erinnert. Der Gedenktag wurde 1996 auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog eingeführt.



V.r.n.l. Landtagspräsidentin Diezel mit Ottomar Rothmann und Ministerpräsidentin Lieberknecht

niederlegung in der Gedenkstätte Buchenwald war neben der Landtagspräsidentin und Abgeordneten des Thüringer Landtags auch der Präsident

barkeit der Erinnerung bewusst“, sagte Frau Diezel anlässlich der Kranzniederlegung. „Auschwitz, Buchenwald und die vielen anderen Konzentra-

Kurz gemeldet

Am 9. Januar empfing der Thüringer Landtag traditionell die Sternsinger, die in diesem Jahr aus Pößneck, Ilmenau und Heiligenstadt stammten. In den Gewändern der Heiligen drei Könige brachten die Kinder den Segen „Christus mansionem benedicat – Christus segne dieses Haus“ in den Landtag. +++ Vizepräsidentin Dr. Birgit Klauert (DIE LINKE) besuchte als Patin im Verein „education4kenya“ Mitte Januar die Schule „Elimu Ya Kenya-Altenburger Land“ in Mombasa, Kenia, um sich vor Ort über die Arbeit des Vereins zu informieren. Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) gab eine Spende für die kenianischen Kinder mit auf den Weg. +++ Den Spendenerlös des Tags der offenen Tür 2011 übergab Landtagspräsidentin Birgit Diezel am 20. Dezember 2011 an die Elterninitiative leukämie- und tumorerkrankter Kinder Suhl/Erfurt e.V. im Helios-Klinikum Erfurt.

Europaausschuss kritisiert EU-Vorgaben zum Haushaltsrecht

Der Europaausschuss hat am 20. Januar 2012 einen Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission zur Bewältigung der Euro-Krise kritisiert. Konkret ging es dabei um einen Verordnungsvorschlag der Kommission zur gesamtstaatlichen Haushaltsordnung. Der Ausschuss begründete seine Kritik damit, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen im Widerspruch zum Haushaltsrecht von Bund und Ländern und insbesondere zu Artikel 100 der Thüringer Landesverfassung

stünden. Die Landesregierung wurde beauftragt, sich im Bundesrat für eine Subsidiaritätsrüge gegenüber der Europäischen Kommission einzusetzen. Am Ende der Sitzung zeigte sich der Vorsitzende des Europaausschusses Jörg Kubitzki (DIE LINKE) zufrieden: „Mit der heutigen Sitzung hat der Ausschuss erneut deutlich gemacht, wie wichtig die Mitsprache des Thüringer Landtags in europäischen Angelegenheiten ist und dass es möglich ist, auf Entscheidungen in Brüssel Einfluss zu nehmen.“

Veranstaltungen im Landtag

Überlebende von Buchenwald und Mittelbau-Dora im Gespräch mit Thüringer Schülern



Eindrücklich erzählt Albert van Dijk (Foto) den jungen Zuhörern der Regelschule Lilienthal Erfurt und der Regelschule Menteroda seine Geschichte. Er berichtet von seiner Verschleppung nach Deutschland, von seiner Zeit im Krankenlager des KZ Buchenwalds, von seiner Internierung im KZ Mittelbau-Dora, wo er fünf Monate lang im Stollen arbeitete, ohne einmal Tageslicht zu sehen. In seinen Erzählungen ist er so alt wie die Schüler, die vor ihm sitzen. – Rund 280 Thüringer Schüler fanden am 26. Januar 2012, im Vorfeld des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus, ihren Weg in den Thüringer Landtag, um mit den ehemaligen Häftlingen zu sprechen und an ihren Erinnerungen teilzuhaben. Gekommen waren Naftalie Fürst aus Israel, Eva Pusztai und Herr Frankl aus Ungarn, Bertrand Herz aus Frankreich, Albert van

Dijk aus den Niederlanden und Albert van Hoey aus Belgien sowie Gert Schramm, Thomas Gärtig und Kurt Pappenheim. Noch heute fällt es den ehemaligen Häftlingen schwer, über ihre Erlebnisse im Lager zu sprechen. Doch nehmen sie diese Bürde auf sich, um heute junge Menschen an das Geschehene zu erinnern und aufzuklären. Albert Van Dijk bedankte sich bei den anwesenden Schülerinnen und Schülern mit den Worten: „Es ist immer ein schönes Gefühl zu erleben, dass viele Jugendliche an unserer Geschichte interessiert sind. Gemeinsam verfolgen wir ein Ziel, damit die Vergangenheit unvergessen bleibt und sich nie wiederholen möge.“ Das junge Publikum, das bei den Schilderungen van Dijks sichtlich betroffen wirkte, wird das Gespräch mit ihm bestimmt nicht vergessen.

Haushalts- und Finanzausschuss

Schuldenbremse und Beihilfeverordnung waren Thema im Ausschuss

Der Haushalts- und Finanzausschuss sprach sich in seiner Tagung am 19. Januar 2012 gegen die von der FDP vorgeschlagene Einführung einer Schuldenbremse in der Thüringer Verfassung aus. Grund war, dass die von der FDP verlangte Form der Schuldenbremse mehrheitlich als zu starr empfunden wurde. Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Thüringer Beihilfeverordnung. Da der Ausschuss dieser Verordnung der Lan-

desregierung seine Zustimmung erteilen muss, wurde eine schriftliche Anhörung der Interessenverbände wie der Spitzenverbände der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung, der Gewerkschaften und des Bundes der Steuerzahler beschlossen. Zudem informierte Finanzminister Voß die Mitglieder des Ausschusses über die Bewirtschaftungssperre des Finanzministeriums für den Haushalt 2012.

Ausstellungen im Landtag

Fotoausstellung „Fremde werden Freunde“ zeigt Einblicke in andere Kulturen

Besucht man dieser Tage das Funktionsgebäude des Thüringer Landtags, kommt einem der abgewandelte Slogan „Die Welt zu Gast in Erfurt“ in den Sinn. Grund ist die Fotoausstellung „Fremde werden Freunde. Gesichter – Eine fotografische Zwischenbilanz“ des Erfurter Bildreporters Harald Mohr, die seit dem 1. Februar im Landesparlament zu sehen ist. Die Ausstellung zeigt Fotografien junger Menschen aus aller Welt, die in Erfurt studieren oder studierten und Teil des Projekt „Fremde werden Freunde“ sind. Im Rahmen einer Kooperation zwischen der Universität Erfurt, der Fachhochschule und der Stadtverwaltung werden ausländische Studierende an Erfurter

ments der Erfurter Bürgerinnen und Bürger: „Toleranz bedeutet für uns die Verschiedenheit der Menschen anzuerkennen, ihre Herkunft, ihre Religion und ihre Wertvorstellungen zu achten. Dazu gehört die gastfreundliche Aufnahme für alle, die zu uns kommen. Dafür engagiert sich der Verein ‚Fremde werden Freunde‘ in eindrücklicher Weise.“ Die Ausstellung möchte dem Betrachter die Augen für die oft völlig verschiedenen Kulturkreise und die damit verbunden unterschiedlichen Gefühlswelten öffnen. Gleichzeitig geht es darum, die Neugier des Betrachters auf fremde Kulturen zu lenken und die Angst vor dem Fremden zu nehmen. Vizelandtagspräsidentin Dr. Bir-



Bürgerinnen und Bürger vermittelt, die als Paten den jungen Menschen zur Seite stehen. Ziel ist es, den Studierenden die Annäherung an die deutsche Sprache, Lebensweise und an das Auslandsstudium zu erleichtern und zugleich den Paten an der Kultur des Gaststudenten teilhaben zu lassen. Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) betont die Bedeutung des Engage-

git Klaubert (DIE LINKE, links im Bild) eröffnete die Ausstellung am 1. Februar gemeinsam mit der Leiterin des Projekts, Petra Eweleit. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, die Ausstellung bis zum 7. März werktags (außer an Plenartagen) von 8.00 bis 18.00 Uhr, im Funktionsgebäude des Thüringer Landtags zu besuchen.

Egon Primas: Erheblicher Änderungsbedarf zur europäischen Agrarpolitik

Die CDU-Fraktion sieht noch erheblichen Änderungsbedarf bei den Reformvorschlägen für eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2013. „Insbesondere wehren wir uns gegen eine Be-



Egon Primas (rechts) im Gespräch mit dem langjährigen Leiter des Thüringenstandes und Organisator des Thüringer Auftritts auf der Grünen Woche, Peter Leicht.

nachteiligung der Agrarstruktur in den neuen Ländern“, sagte der agrarpolitische Sprecher Egon Primas. Die Fraktion hatte die GAP und die Zukunft der Landwirtschaft Thüringens auf die Tagesordnung gesetzt. „Wir

Staatsleistungen beibehalten - Verkündigungsdienst und Seelsorge sichern

Die CDU-Fraktion hat in einer von ihr beantragten Aktuellen Stunde Versuche zurückgewiesen, die Staatsleistungen an die Kirchen in Frage zu stellen. „Die Kirchen leisten aus unserer Sicht einen unersetzlichen, historisch tief verwurzelten Beitrag zur ethischen Orientierung und zum Gemeinwohl in unserem Land. Der Staat – gerade der religiös-weltanschaulich neutrale Staat – hat ein vitales Interesse an leistungs- und handlungsfähigen Kirchen. Der Staat kann und darf die Fragen nach der Wahrheit, dem Sinn und Sein nicht beantworten“, sagte der für kirchenpolitische Fragen zuständige Abgeordnete Dr. Klaus Zeh. Staatsleistun-

Untersuchungsausschuss: Kellner spricht für CDU

„Zwischen den Fraktionen des Landtags herrscht Einigkeit hinsichtlich der konsequenten Bekämpfung des Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus, selbst wenn es unterschiedliche Auffassungen zum Umgang mit dem Extremismus allgemein gibt“, so Jörg Kellner, Obmann der CDU-Landtagsfraktion im Untersuchungsausschuss über „Mögliches Fehlverhalten der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden im Zusammenhang mit rechtsextremen Strukturen“. Nach seiner Auffassung, habe der Landtag „mit dem Untersuchungsausschuss das schärfste Schwert aller Par-

wollen eine Weiterentwicklung der GAP zu einem effizienten und gesellschaftlich akzeptierten System der Agrarförderung nach dem Grundsatz ‚Öffentliches Geld für öffentliche und gesellschaftlich erwünschte Leistungen‘. Aber: Die Einführung großenbedingter Beschränkungen in Form von Degression und Kappung lehnen wir bedingungslos ab“, so Primas. Niemand stelle die historisch entstandene Agrarstruktur mit kleinen bäuerlichen Betrieben in Frage, genauso müsse die Agrarstruktur in den neuen Ländern akzeptiert und dürfe nicht diskriminiert werden. Handlungsbedarf sieht Primas auch bei den mit der GAP verbundenen bürokratischen Lasten für Unternehmen und Verwaltung. Außerdem mahnte der CDU-Landtagsabgeordnete zu Geschlossenheit zwischen Bund und Ländern. „Wir

erhalten die Kirchen auf Basis geltender Staat-Kirche-Verträge, in denen deutsches Verfassungsrecht konkretisiert wird. Das Alter dieser Ansprüche spielt laut Zeh keine Rolle. Frühere Staaten hätten den Kirchen zugesagt, Einnahmen aus Besitz zeitlich unbefristet zu ersetzen, den sie den Kirchen entzogen. Der Staat kann die Zahlung der Staatsleistungen laut Zeh einstellen, wenn er sie ablöst. „Das heißt im Klartext: wenn er den Wert der enteigneten Güter so ersetzt, dass die Kirchen aus den Erträgen die Aufgaben weiter finanzieren können, die sie damit bisher finanziert haben“, konkretisierte der Abgeordnete.

lamentarier gewählt.“ Es gebe ein vitales Interesse an der Aufklärung und der Beseitigung möglicher Fehlerquellen, damit das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden erhalten bzw. wieder hergestellt werde. Vorschnellen Schlüssen erteilte Kellner eine Absage. Deshalb wies er auch Zweifel an der Existenzberechtigung des Verfassungsschutzes zurück. „Wer ohne Fakten und gesicherte Erkenntnisse staatliche Institutionen von heute auf morgen abschaffen will, der begibt sich auf dünnes Eis. Daher heißt die vorrangige Devise für den Ausschuss Aufklärung, Aufklärung und nochmals Aufklärung.“

dürfen uns nicht auseinanderdividieren lassen, wenn wir unsere Interessen wirkungsvoll in Brüssel vertreten wollen. Wir brauchen keine EU-Agrarpolitik, die den Rückwärtsgang einlegt, sondern Wettbewerbsfähigkeit und Ressourcenschutz als zwei Seiten der gleichen Medaille“, so Primas.

Seniorenmitwirkungsgesetz für bessere Teilhabe

„Mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz will die Landesregierung die Rahmenbedingungen für Teilhabe und Gestaltung verbessern. Mitwirkungsmöglichkeiten der älteren Generation sollen auf feste gesetzliche Grundlagen gestellt werden.“ Das sagte der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Gumprecht, anlässlich der Einbringung des Seniorenmitwirkungsgesetzes. Gumprecht wies darauf hin, dass 28 Prozent der Thüringer Senioren sich bereits freiwillig engagieren; sei es beim Sport, im Sozialen, für die Umwelt oder im kulturellen Bereich. Das Ehrenamt baue auf diese Menschen. Nach den Worten des Sozialpolitikers sollen Teilhabe und Mitwirkung erleichtert werden. „Die Rahmenbedingungen hierfür sollen unbürokratisch sein. Wir setzen auf Freiwilligkeit und gewachsene Strukturen von unten, nicht auf Reglementierung von oben“, beschrieb Gumprecht den Ansatz. Die



Landesregierung hat nach seinen Worten die zentralen Forderungen der Seniorenvertretungen und der Verbände in den Entwurf aufgenommen, der nun in den Landtagsausschüssen weiterberaten wird. Wie er darlegte, erhält der neu geschaffene Landesseniorenrat ein Anhörungsrecht bei der Einbringung von Gesetzen, die Belange der Senioren unmittelbar betreffen. Er berät und unterstützt die Landesregierung in allen seniorenpolitischen Fragen. „Damit wird der Landesseniorenrat ein umfassendes Gremium der Meinungsbildung, der Interessenvertretung und des Erfahrungsaustausches für Senioren auf dem Gebiet der Seniorenpolitik“, so Gumprecht wörtlich. Laut Statistischem Landesamt ist fast jeder vierte Thüringer im Rentenalter. Der Anteil ist in den letzten 10 Jahren um zehn Prozent angestiegen und wird im Jahr 2020 bei immerhin 28 Prozent liegen.

Parlamentarische Rechte in europäischen Fragen umfassend wahren

Das Integrationsziel für die Europäische Union können nicht



die Vereinigten Staaten von Europa sein. Das hat die CDU-Fraktion anlässlich ihrer diesjährigen Winterklausur in Kloster Volkenroda klargestellt. Die Fraktion hatte den Bundestagsabgeordneten Dr. Peter Gauweiler (CSU) eingeladen, der durch mehrere Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht dafür gesorgt

hat, dass die parlamentarischen Rechte im europäischen Integrationsprozess gewahrt werden. „Wir unterstützen die Bundesregierung bei ihrem Einsatz für eine dauerhafte Stabilitätsunion, bestehen jedoch auf umfassenden parlamenta-

rischen Vorbehalten bei haushaltsrelevanten europapolitischen Entscheidungen“, heißt es im Fraktionsbeschluss zur Winterklausur. Sofern auf dem Weg zu einer Politischen Union in Europa der Verlust der nationalen Souveränität droht, fordert die Fraktion einen Volksentscheid des deutschen Staatsvolkes.



Weiterhin drohen Zwangsabschiebungen

„Der Innenausschuss will sich selbst ein Bild über die Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Roma im Kosovo machen und signalisiert damit, den Aussagen des Thüringer Innenministers nicht zu trauen - das ist das einzig positive Ergebnis“, sagte Sabine Berninger, migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion, nach der Beratung am 20. Januar. Der Ausschuss vertagte den Antrag der LINKEN und GRÜNEN auf Aussetzung von Abschiebungen in den Kosovo, Montenegro, Albanien und Serbien bis mindestens Ende April im Rahmen eines Wintererlasses. „Auch die Landesregierung lehnte einen Abschiebestopp ab. Damit droht den Familien weiterhin die zwangsweise Abschiebung in Länder, in denen Roma kaum Chancen auf eine menschenwürdige Existenz haben oder sogar Opfer ethnisch motivierter Angriffe werden.“



Sabine Berninger (Archiv-Foto bei einer Aktion am Landtag zur Abschaffung der Residenzpflicht für Flüchtlinge in Thüringen) kritisierte den Innenminister, der keine Anzeichen für Ausgrenzung erkennen könne. „UNHCR, OSZE, amnesty international, Pro Asyl und auch der Zentralrat der Sinti und Roma weisen die katastrophalen Lebensbedingungen infolge der Ausgrenzungen nach. Dann davon zu sprechen, dass es keine Anzeichen gäbe, ist zynisch und diskreditiert die seriösen und ausgesprochen unabhängigen Organisationen.“

Für „Dresden Nazifrei!“ gemeinsam aufgerufen Friedlicher Protest gegen braunen Ungeist/ Naziterror umfassend aufklären

Am 18. Januar haben die Vorsitzenden der Thüringer Land-



tagsfraktionen der LINKEN, der SPD und der GRÜNEN, weitere Abgeordnete der drei Parteien, Vertreter von Gewerkschaften und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu Protesten gegen den erneut angekündigten Aufmarsch von Neonazis im Februar in Dresden aufgerufen. Gemeinsam haben die Politiker in der Nähe des Landtags in Erfurt Plakate des Bündnisses „Dresden Nazifrei!“ aufgehängt. Erneut wollen in Dresden Neonazis anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt 1945 aufmarschieren, aber auch in diesem Jahr werden sich wie-

der viele Menschen, unter ihnen zahlreiche Thüringer, dem braunen Ungeist friedlich in den Weg stellen und an den Protesten beteiligen. Dies ist vor dem Hintergrund des bekannt gewordenen Neonazi-Mordterrors umso wichtiger.

„Mit der von allen Fraktionen im

Landtag beschlossenen Einsetzung eines Untersuchungsausschusses übernimmt nun das Parlament die Hoheit über die Aufklärung des Versagens und der Fehlleistungen der Sicherheitsbehörden“, erklärte der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Bodo Ramelow.

Die Linksfraktion hat bei der Landtagsdebatte am 26. Januar gefordert, dass auch die Rolle der Geheimdienste im so ge-

nannten „Thüringer Heimatenschutz“, der Keimzelle der späteren Neonazi-Terrorgruppe, Gegenstand der parlamentarischen Untersuchung sein muss. Die LINKE hat zudem beantragt, das Untersuchungsausschussgesetz zu ändern. „Insbesondere die Rechte der Opposition müssen gestärkt und die Auskunftsverweigerungsrechte der Landesregierung auf das verfassungsrechtlich notwendige Maß reduziert werden. Nur dann kön-



nen die Regelungen zum viel beschworenen ‚scharfen Schwert‘ der parlamentarischen Kontrolle werden“, betonte André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der LINKEN.

Fachtagung in der Linksfraktion „Arbeitnehmerrechte stärken!“

Richter und Rechtsanwälte, Personal- und Betriebsräte, Vertreter der Agentur für Arbeit und von Arbeitsloseninitiativen diskutieren mit Abgeordneten der LINKEN auf einer Tagung der Linksfraktion im Thüringer Landtag in Erfurt Möglichkeiten der Stärkung der Arbeitnehmerrechte. Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow betonte eingangs der sehr gut besuchten Veranstal-

tung, dass die Brisanz des Themas gar nicht hoch genug eingeschätzt werden könne und es auch einer Diskussion darüber bedarf, ob es nicht einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf Arbeit geben müsse.

„Recht auf Arbeit – ein Menschenrecht zwischen Hoffnung und Anspruch“, lautete denn auch das Thema der Diskussionsgrundlage von Jens

Petermann, Thüringer Bundestagsabgeordneter der LINKEN, der fast 20 Jahre als Arbeits- und Sozialrichter tätig war. DIE LINKE setzt sich gemeinsam mit der Rosa Luxemburg Stiftung schon geraume Zeit mit der Problematik „Gute Arbeit und faire Arbeitsbedingungen“ auseinander und hat Mindeststandards für ein einheitliches Arbeitsrecht zur Diskussion gestellt.

Erfolgreiche Stützerbacher Initiative „Lasst die Schule im Dorf!“

Die Stützerbacher Elterninitiative „Lasst die Schule im Dorf!“ hat mit einem Besuch im Thüringer Landtag den vom Kommunalpolitischen Forum Thüringen verliehenen Initiativpreis 2011 eingelöst.

Er war ihr auf Vorschlag der Linksfraktion des Kreistages des Ilmkreises verliehen worden. An einer Diskussionsrunde mit der Bürgerinitiative im Fraktionssitzungsraum der LINKEN im Landtag hatten die Abgeordneten Martina Renner, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Heidrun Sedlaczik,



Vorsitzende des Kommunalpolitischen Forums, Michale Sojka, bildungspolitische Sprecherin, und Petra Enders, die sich persönlich für das Bürgerbegehren vor Ort stark engagierte hatte, teilgenommen.

Mit großer Mehrheit hatte sich am 4. Januar der Kreistag des Ilmkreises für den Erhalt des Schulstandortes ausgesprochen. Damit konnten die Initiatoren des ersten Thüringer Bürgerbegehrens auf Landkreisebene einen Erfolg feiern. Mehr als 18.000 Unterschriften waren für den Erhalt der Kneipp-Schule Stützerbach zusammengekommen, fast drei Mal so viele wie nötig gewesen wären.

SPD-Landtagsfraktion für Sonderlösung in der Oberhof-Frage

Für eine Sonderlösung in Bezug auf die Entscheidung zur Fortführung des Bürgermeister-Amtes in Hauptamtlichkeit hat die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag geworben. Weil Oberhof mit knapp 1.500



SPD-Innenpolitiker Matthias Hey

Einwohnern seit Jahren unter der vom Gesetz geforderten 3.000-Einwohner-Grenze liegt, wäre nach dem 22. April 2012 der dortige Bürgermeister nur noch ehrenamtlich tätig. „Wenn es eine Rechtsgrundlage für eine Ausnahmege-nehmigung gibt, sollte diese

in Oberhof definitiv angewendet werden“, erklärte Matthias Hey, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in der Aktuellen Stunde des vergangenen Plenums des Thüringer Landtages und bekräftigte dies mit Verweis auf die Aufgabenbreite, die in dieser Form kein einziger anderer Ort im Freistaat zu bewältigen habe.

Auch Rolf Baumann, der tourismuspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, betonte die Sonderstellung Oberhofs und die anstehenden Aufgaben, die in den nächsten Jahren auf die Tourismushochburg zukommen: „Angesichts der Arbeit, die in Oberhof geleistet werden muss, bezweifle ich, dass ehrenamtliche Strukturen ausreichen werden.“ Hey verwies zudem auf die derzeitige Rechtspraxis in Thüringen, wonach es eine Reihe weiterer Orte gibt, die ebenfalls weniger als 3.000 Einwohner haben, aber von einem hauptamtlichen Bürgermeis-

ter verwaltet werden. „Was woanders geht, muss doch auch und gerade für Oberhof möglich sein“, warb der Abgeordnete für eine Sonderlösung.

In Oberhof stehen in den nächsten Jahren eine Reihe



SPD-Tourismusexperte Rolf Baumann

wichtiger Investitionen an, außerdem ist die Stadt im Landkreis Schmalkalden-Meinungen Austragungsort wichtiger internationaler Sportveranstaltungen und kann nach Erfurt und Weimar auf die meisten Übernachtungsgäste in Thüringen verweisen.



**Die SPD-Fraktion
im Thüringer Landtag**

Geschäftsstelle
Tel.: 0361 37 72336
Fax: 0361 37 72417
www.spd-thl.de

Marx zur Vorsitzenden von Untersuchungsausschuss gewählt

Der Thüringer Landtag hat mit den Stimmen aller Fraktionen einen Untersuchungsausschuss zur Klärung möglicher Fehlleistungen der Thüringer Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit der rechts-extremen Mordserie eingesetzt.

Die SPD-Fraktion hatte einen solchen Ausschuss bereits im November gefordert. Zur Ausschussvorsitzenden wurde die justizpolitische Sprecherin der Fraktion und Anwältin Dorothea Marx gewählt.

Marx, die bereits über Erfahrungen aus zwei Untersuchungsausschüssen im Bundestag verfügt, nimmt ihre neue Aufgabe gerne wahr: „Wir als Parlamentarier sind verpflichtet, unseren Teil zur Aufklärung beizutragen. Wir können uns nicht nur auf die Erkenntnisse von Behörden oder einer von der Regierung eingesetzten Kommission verlassen.“

Großes Lob für das Seniorenpolitische Konzept der Landesregierung

Dagmar Künast, die seniorenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, bezeichnet das Seniorenpolitische Konzept der Thüringer Landesregierung als „großen Wurf für die Selbstbestimmung und Einbindung älterer Menschen“. Das Konzept wurde im Januar von der Thüringer Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit, Heike Taubert (SPD), im Sozialausschuss des Thüringer

Landtages vorgestellt und in der Plenarsitzung am 25. Januar beschlossen.

„Vor allem die Bereiche ‚Altersgerechtes Wohnen und Mobilität‘ sowie ‚Arbeitsmarkt und finanzielle Sicherheit‘ befassen sich mit den Themen, die in der älter werdenden Generation auf besonderes Interesse stoßen“, meint die Sozialdemokratin und lobt, dass die Ministerin nicht nur von Mitwirkung re-

de, „sondern bei der Erstellung des Konzepts neben der Mitarbeit der verschiedenen Ministerien sehr viel Wert auf die Zusammenarbeit mit dem Landesseniorenbeirat gelegt hat“.

„Damit zieht sich“, so Künast, „ein roter Faden durch die Seniorenpolitik des Freistaates“. Außerdem zeige sich, dass das Sozialministerium nicht nur am Herausposaunen von Konzepten interessiert sei.

Zukunft des Areals des Truppenübungsplatzes Ohrdruf mit den Verantwortlichen der Region diskutieren

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich in der vergangenen Plenarsitzung gegen eine Vorfestlegung des Thüringer Landtags zur Zukunft des Areals des Truppenübungsplatzes Ohrdruf ausgesprochen. Die Landtagsabgeordneten Eleonore Mühlbauer und Dr. Werner Pidde, in deren Wahlkreisen sich das Übungsplatzareal befindet, riefen in der vergangenen Plenardebatte im Thüringer Landtag dazu auf, die Schließung des Truppenübungsplatzes Ohrdruf auch als Chance für die zukünftige Entwicklung der Region zu begreifen.

„Die Abgeschirmtheit der ver-

gangenen 100 Jahre hat dafür gesorgt, dass sich auf dem 46 Quadratkilometer großen Areal eine einzigartige Naturlandschaft mit großer Arten-



Dr. Werner Pidde im Plenum

vielfalt erhalten hat“, erklärte Mühlbauer und forderte, „dieses auch weiterhin in seiner Gesamtheit zu schützen und nach Möglichkeit einem sanften Tourismus zugänglich zu machen, damit die Anrainerkommunen nicht weiter nur die Einschränkungen haben.“ Aus Sicht des SPD-Politikers Dr. Werner Pidde, „schließt ein solches Konzept eine weitere militärische Nutzung als Standortübungsplatz nicht per se aus.“ Es gelte nun, mit der Bundesregierung und den Anrainerkommunen gemeinsam nach Lösungen zu suchen, damit die Interessen der Bundeswehr, des Naturschutzes

und der Menschen in der Region möglichst in Einklang gebracht werden können. Mühlbauer und Pidde forderten die Landesregierung auf, sich insbesondere für die weitere Entmunitionierung noch belasteter Flächen auf dem Gelände einzusetzen. „Es ist zwar schon viel geschafft. Mit der Entscheidung der schwarz-gelben Bundesregierung, das Areal nicht mehr als Truppenübungsplatz zu betreiben, darf sich der Bund jedoch nicht aus der Verantwortung für die weitere Entmunitionierung noch belasteter Flächen stellen“, stellten die Parlamentarier klar.

Eichdirektion Mitteldeutschland vorge schlagen

„Verwaltungsvereinfachung, Bürokratieabbau und Struktur reformen bleiben Fremdworte für die Regierungskoalition in Thüringen“, stellte der FDP-Abgeordnete Marian Koppe im Anschluss an die Debatte zum Antrag seiner Fraktion für eine gemeinsame Eichdirektion Mitteldeutschland fest. Obwohl Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) bereits öffentlich Handlungsbedarf bei dem Thema eingestanden hatte, lehnte die Regierungsmehrheit jegliche weitere Diskussion im Ausschuss ab. Die Regierung erstattete auch nicht wie üblich einen Sofortbericht im Plenum. Rund 2 Mio. Euro Zuschüsse kostet das eigenständige Eichamt in Ilmenau den Thüringer Steuerzahler jährlich. „Natürlich sind damit auch 46 Arbeitsplätze verbunden. Aber was im Norden Deutschlands und in Berlin-Brandenburg möglich ist, sollte in Mitteldeutschland nicht daran scheitern, dass man sich nicht über einen gemeinsamen Standort einigen kann“, sagte Koppe. Er zeigte sich offen für weitere Vorschläge, wie beispielsweise eine Kooperation zwischen Eichamt und Technischer Universität Ilmenau. Die Möglichkeit, auf der Grundlage des FDP-Antrages über die beste Lösung zu diskutieren, habe die Regierungskoalition aber mit der abgelehnten Ausschussüberweisung verpasst, so Koppe abschließend.

Aussetzung des Ladenöffnungsgesetzes gefordert

Thomas Kemmerich, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag, fordert eine Aussetzung der umstrittenen Regelungen des Ladenöffnungsgesetzes. „Es kann doch nicht sein, dass Unternehmen und ihre Mitarbeiter in einem rechtssicheren Raum agieren müssen“, so Kemmerich. „In der

FDP-Fraktion vor Ort in Sömmerda

Liberaler besuchten Unternehmen und öffentliche Einrichtungen im Landkreis

Einen ganzen Tag lang war die FDP-Landtagsfraktion Anfang Februar im Kreis Sömmerda unterwegs. Der Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen unter der Leitung von Thomas L. Kemmerich besuchte zum Auftakt die Erdrich Umformtechnik GmbH & Co. KG in Sömmerda-Orlishausen. Wirtschaftsexperte Kemmerich und Fraktionschef Uwe Barth zeigten sich beeindruckt von der Leistungsfähigkeit des Unternehmens, das sich in den letzten Jahren vom Familienunternehmen zum veritablen Industriebetrieb entwickelt hat. „Weniger Bürokratie und gute Rahmenbedingungen sind für solche Unternehmen entscheidend für den Ausbau der Produktionskapazitäten“, stellte Kemmerich fest.

Der Arbeitskreis Bildung und Soziales unter Leitung von Marian Koppe besuchte zur gleichen Zeit das Pflege- und Betreuungszentrum/Seniorenheim Haus Schwanenteich in Kölleda, das 60 pflegebedürftige Bewohner beheimatet und zudem eine Tagespflege anbietet. Der sozialpolitische Sprecher der Fraktion konnte sich mit seinen Kollegen von einer „sehr gut geführten Pflegeeinrichtung“ in dem ehemaligen Schulgebäude überzeugen und lobte das Engagement der Gründerin Claudia Pape. Das Fachkräfteproblem trifft die Pflegebranche in den nächsten Jahren besonders hart. „Wir müssen die Attraktivität des Pflegeberufs erhöhen“, so die Forderung Koppes. Im Anschluss informierten sich die Parlamentarier im ersten Verkehrspräventionszentrum Deutschlands in Sömmerda. Das Modellprojekt wird von der Kreisverkehrswacht seit Ende vergangenen Jahres betrieben. Der Leiter der Verkehrswacht René Sachs lobte das

ehrenamtliche Engagement der Mitglieder beim Ausbau und der Organisation der Verkehrsteilnehmerschulungen im Kreis. Hier setzt auch eine Initiative der FDP-Fraktion für eine Wiedereinführung von flächendeckenden Verkehrsteilnehmerschulungen an. Die niedrigen Unfallzahlen im Kreis Sömmerda sind auch zahlreichen Schulungsprojekten für Jugendliche zu verdanken, auf die Polizeihauptmeister Wolfgang Stark verwies. Zum kommunalpolitischen Gespräch trafen sich die Parlamentarier im Buttstädter Rathaus mit dem Bürger-

meister der Stadt, Norbert Kresse (r.i.B. mit den Kommunalpolitikern Bergner und Kemmerich), und mit der Stellvertretenden Bürgermeisterin, Karola Strien. Hauptproblem der Kommunen sind die zurückgehenden Finanzzuweisungen bei gleichzeitiger Zunahme der übertragenen Aufgaben. In einer Gebietsreform sehen die Kommunalpolitiker keine Lösung. Die FDP setzt dabei auch weiterhin auf interkommunale Zusammenarbeit. Auf dem Rückweg nach Sömmerda stoppten die Liberalen kurz an der A 71, die seit vielen Jahren hinter der Kreisstadt endet. Gemeinsam mit der IHK und Unternehmen aus der Region hat der Sömmerdaer Abgeordnete Heinz Untermann (Foto unten) die Initiative „Pro A 71“ ins Leben gerufen, um den wichtigen Lückenschluss der

Autobahn nach Norden herzustellen. Erfreuliche Nachrichten konnte er am Rande des Fraktionsbesuchs in Sömmerda verkünden. In einem Schreiben aus dem Bundesverkehrsministerium bestätigte der parlamentarische Staatssekretär Jan Mücke erstmals das Vorliegen aller haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für den Weiterbau.



Zum Abschluss des Tages traf man sich zur öffentlichen Fraktionssitzung im Hotel „Erfurter Tor“ in Sömmerda. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Regelschullehrerin Franka Hitzing stellte die Bildungspolitik von Minister Matschie in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. „Gegen die Versuche zur Abschaffung des dreigliedrigen, bewährten Schulsystems in Thürin-



gen werden wir weiter Widerstand leisten“, versprach Hitzing. Auch über Themen wie den Ausbau des Breitbandnetzes, den Bürokratieabbau oder den Datenschutz wurde angeregt diskutiert.

hen sich rund ein Drittel der Händler gar in ihrer Existenz gefährdet. „Dieses Gesetz produziert nur Verlierer und muss gestoppt werden. Es ist und bleibt ein Arbeitsverhinderungsgesetz, das dem tarifvertraglich dargelegten Willen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern diametral widerspricht.“

Untersuchungsausschuss ist richtiger Weg



Die Mordserie der aus Jena stammenden Rechtsextremisten hat die gesamte Bundes-

republik schockiert – und auch das Vertrauen in die staatlichen Instanzen erschüttert. „Diesem Vertrauensverlust kann nur mit einer öffentlichen und lückenlosen Aufklärung begegnet werden. Und an der Spitze dieser Aufklärung muss in einer Demokratie das Parlament stehen“, sagt Anja Siegesmund, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit der Landtag diese Aufgabe aber auch wahrnehmen kann, muss er über die nötigen Informati-

onen verfügen. Bislang erhielten die Parlamentarier diese vor allem aus den Medien. „Der nun beschlossene Untersuchungsausschuss ist daher die einzig logische Konsequenz“, so Siegesmund. „Dies ist eine große Zusatzaufgabe – aber diesen Aufwand sind wir den Opfern und ihren Angehörigen schuldig.“ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden zudem darauf drängen, dass aus den Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses die nötigen Konsequenzen für die Behörden gezogen werden. „Es darf nie wieder sehenden Auges weggeschaut werden“, schließt Siegesmund.

Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72666
Fax: 0361 37 72665
www.gruene-fraktion.thueringen.de

Chance für Klimaschutz verpasst

Das Autoland Deutschland leistet sich mit den Dienstwagenprivilegien eine Subventionierung verbrauchstarker Fahrzeuge in Höhe von über drei Milliarden Euro pro Jahr. „Diese Belastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist aus unserer Sicht nicht haltbar“, sagt Jennifer Schubert, verkehrspolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Deshalb hat die Fraktion in Anlehnung an die Grünen im Bundestag einen Antrag eingebracht, der die Besteuerung von Dienstfahrzeugen umgestalten sollte. Demnach sollten Fahrzeuge, die über 120

Gramm Kohlendioxid pro Kilometer ausstoßen, nur noch eingeschränkt absetzbar sein, Fahrzeuge mit mehr als 240 Gramm CO₂ je Kilometer gar nicht mehr. Im Gegensatz dazu sollten Autos, die weniger als 60 Gramm Kohlendioxid ausstoßen, besonders gefördert werden, um damit einen besonderen Anreiz für alternative Antriebe zu schaffen. „Leider wurde unser Antrag abgelehnt“, sagt Schubert. „Damit wurde wieder eine Chance vergeben, auf den Bund Einfluss zu nehmen, diese überfällige Steuerreform endlich anzugehen.“



Carsten Meyer (rechts), finanzpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Oberbürgermeisterkandidat für Weimar, führte am 12. Januar interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen durch die Goethe-Stadt.

Starkes Parlament für Kontrolle des Verfassungsschutzes nötig

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagsfraktion Thüringen haben im Januar einen Gesetzentwurf in den Thüringer Landtag eingebracht, der die Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission (ParlKK) verbessern soll. Die ParlKK hat die Aufgabe, die Arbeit des Verfassungsschutzes

zu kontrollieren. „Nicht nur in jüngster Vergangenheit ist das Thüringer Landesamt für den Verfassungsschutz berechtigter Weise in Kritik geraten. Denn im Zusammenhang mit den drei Thüringer Rechtsterroristen wird auch ihm schweres Versagen vorgeworfen“, so der bündnisgrü-

ne Innenpolitiker Dirk Adams. „Die derzeit geringen Kompetenzen der ParlKK sind eine Ursache dafür, dass parlamentarische Kontrolle gelingen konnte. Diese Reform ist aber nur ein erster Schritt um die Aufklärungsmöglichkeiten zu erweitern um eine gesellschaftliche Debatte zu ermög-

lichen“, so Adams. Damit würde die parlamentarische Kontrolle in Thüringen endlich auf ein bundesweites Niveau gehoben. „Dieser erste Schritt, muss unmittelbar vom zweiten gefolgt werden, denn Ziele, Aufgaben und Mittel aller Verfassungsschutzämter gehören auf den Prüfstand.“



Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beteiligte sich am 18. Januar in Erfurt an der Plakataktion zu Dresden nazifrei. „Wir wollen möglichst viele Menschen dafür gewinnen, gegen den braunen Ungeist auf die Straße zu gehen und Menschenfeindlichkeit sowie Rassismus allerorten die rote Karte zu zeigen“, sagt Astrid Rothe-Beinlich, Vizepräsidentin des Landtags.

Wenig Engagement für Nachhaltigkeit

Der „Erdgipfel“ in Rio de Janeiro jährt sich 2012 zum 20. Mal – für die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Grund genug, dieses herausragende Ereignis zum Thema im Thüringer Landtag zu machen. „Dies ist schon deshalb wichtig, weil im Juni die Konferenz Rio+20 der UNO ansteht“, erklärt Dr. Frank Augsten, umweltpolitischer Sprecher der bündnisgrünen Fraktion, zum Antrag. „Das Ergebnis der Plenardebatte war allerdings so enttäuschend wie ernüchternd.“ Die Landesregierung

gab keinen Bericht zur Nachhaltigkeit in Thüringen ab und das Thema wurde nicht einmal für so wichtig gehalten, es für die weitere, vertiefende Debatte in die Fachausschüsse zu verweisen.

„Das ist kein guter Auftakt für die Diskussion der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie, die im Februar in den Landtag eingebracht wird“, meint Augsten. „Aus Sicht der Grünen hat dieses Thema mehr Aufmerksamkeit und Engagement verdient.“

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
www.bueb.thueringen.de
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: buergerbeauftragte@
landtag.thueringen.de

Thüringer Landesbeauftragter
für den Datenschutz
www.thueringen.de/datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: poststelle@datenschutz.
thueringen.de

Die Landesbeauftragte
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
www.thueringen.de/tlstu
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: tlstu@t-online.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Thüringer Landtag
Pressestelle
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Redaktion:
Dr. Detlef Baer

Satz und Layout:
Ines Born

Druck:
Thüringer Druckhaus
Gast & Frisch GmbH,
Eisenach

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die
Fraktionen und Beauftragten verant-
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint
monatlich.
Der Bezug ist kostenfrei sowohl
über den Postweg als auch über
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004

poststelle@landtag.thueringen.de
www.thueringen-landtag.de



Die Bürgerbeauftragte

Vorteile mediativer Elemente bei der Konfliktlösung nutzen

Die Bürgerbeauftragte be-
suchte am 10. Januar 2012 die
Fachtagung an der Fachhoch-
schule Fulda zur Thematik
„Mediation und mediative Ele-
mente im Sozialrecht nutzen“.
Eingeladen waren u. a. Wis-
senschaftler sowie Praktiker
aus Behörden, Gerichten, der
Anwaltschaft und Sozial- und
Mediationsverbänden.
Es wurden Projekte aus den
verschiedenen Verfahrenssta-
dien sozialrechtlicher Konflikte
diskutiert, bei denen Media-
tion und meditative Elemente
zur Anwendung kommen.
In diesem Zusammenhang

wurde deutlich, dass eine früh-
zeitige Einbindung kommuni-
kativer Elemente in das Ver-
fahren bis zur Bescheidung,
sich als Vorteil erweist. Der
persönliche Kontakt mit dem
Bürger und eine angemessene
Kommunikation spielen da-
bei eine wesentliche Rolle, weil
dies der umfassenden Sach-
verhaltsaufklärung dient und
unnötigen Widersprüchen
entgegenwirkt sowie die Klag-
geflut bei den Sozialgerichten
mindert.

Auch wurde beispielsweise die
Bedeutung eines „Bescheider-
klärs“ hervorgehoben, als ein

besonderes Beratungsangebot
für die Bürger. Unklarheiten
und Missverständnisse kön-
nen ausgeräumt werden, was
eine gute Basis für Akzeptanz
und Vertrauen schafft.

„Als Bürgerbeauftragte kann
ich aus eigener Erfahrung nur
betonen, dass es für die Bürger
wichtig ist, dass sie ihre Anlie-
gen persönlich vortragen kön-
nen, angehört werden und mit
der Bürgerbeauftragten ins
Gespräch kommen können,
gerade auch im Hinblick auf
eine effektive und möglichst
dauerhafte Konfliktlösung, so
Frau Liebaug abschließend.

Der Datenschutzbeauftragte

Internetpranger

Anfang des Jahres wurde be-
kannt, dass die Hacker-Grup-
pe Anonymous unter dem Titel
"Operation Blitzkrieg" Home-
pages und Datenbanken von
tatsächlichen oder vermeint-
lichen Unterstützern der Neo-
nazi-Szene angreift und deren
Daten im Internet veröffent-
licht. Da nach Aussagen des
Nachrichtenmagazins „Der
Spiegel“ dabei die meisten
Datensätze von Anonymous
nicht selbst neu beschafft,
sondern lediglich zusammen-
getragen wurden, verurteil-
ten der Deutsche Journalisten-
Verband, aber auch Initiativen
wie "Netz gegen Nazis" die un-
geprüften Veröffentlichun-
gen dieser persönlichen Infor-
mationen. Unabhängig davon,
ob der betroffene Personen-
kreis mit dem zur Last geleg-
ten Sachverhalt in Verbin-
dung steht und der notwen-

digen Abwägung zwischen
den Belangen der Meinungs-
freiheit und dem von dem Per-
sönlichkeitsrecht des Betrof-
fenen ausgehenden Schutz-
anspruch stellt sich die Frage,
wie diese Veröffentlichung da-
tenrechtlich zu beurteilen
ist. Fraglich ist hier bereits,
ob die Daten zulässigerweise
erhoben wurden. Dies richtet
sich bei nicht öffentlichen Stel-
len nach dem Zweck, für den
sie erhoben werden sollen. Da
es sich hier um eine Erhebung
von Daten zum Zweck der spä-
teren Übermittlung über das
Internet handelt, findet § 29
BDSG Anwendung. Das Erhe-
ben und Speichern ist nach
§ 29 BDSG bspw. zulässig,
wenn ein Grund zu der Annah-
me eines schutzwürdigen Inter-
esses des Betroffenen an dem
Ausschluss der Datenerhe-
bung und -speicherung nicht

gegeben ist und die Daten
aus allgemein zugänglichen
Quellen entnommen werden.
Handelt es sich um illegal ver-
schaffte Daten, ist deren Er-
hebung und Veröffentlichung
auch illegal und somit strafbar,
die rechtswidrig erlangten Da-
ten sind somit zu löschen. Dies
ist in den bekannt gewordenen
Fällen deshalb schwierig um-
zusetzen, weil sich die Server
außerhalb Deutschlands be-
finden und keine Verantwort-
lichen im Inland festzustel-
len sind. Bei allem Verständnis
für eine konsequente Bekämp-
fung rechtsextremistischer Be-
strebungen dürfen jedoch die
rechtsstaatlichen Grundsätze
nicht missachtet werden. Des-
halb sind derartige Internet-
pranger mit illegal beschafften
Daten grundsätzlich abzuleh-
nen, egal, gegen welchen Per-
sonenkreis sie sich richten.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Die Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen informiert über die neuere Rechtsprechung des Thüringer Oberlandesgerichtes bezüglich der Rehabilitierung von Heimkindern in der DDR nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)

Nach dem StrRehaG ist Vor-
aussetzung für eine Rehabi-
literation - vereinfacht darge-
stellt - das Vorliegen von zwei
Voraussetzungen: 1. Politische
Verfolgung und 2. Haft oder
haftähnliche Zustände. Bei
der Unterbringung von Heim-
kindern war das Vorliegen
bzw. der Nachweis von haft-
ähnlichen Zuständen oftmals
problematisch. In der Novel-
lierung des StrRehaG vom
22.06.2011 wurden erstmals

die „Unterbringung in einem
Heim für Kinder und Jugend-
liche, die der politischen Ver-
folgung oder sonstigen sach-
fremden Gründen gedient
hat“ explizit genannt. In der
Rechtsprechung war zunächst
strittig, ob dies lediglich eine
redaktionelle Klarstellung be-
deuten oder ob dies auch eine
inhaltliche Änderung dar-
stellen sollte. Das OLG Thürin-
gen hat in mehreren Entschei-
dungen, zuletzt mit Beschluss

vom 19.01.2012 (Az: 1 Ws Reha
54/11), klargestellt, dass durch
Aufnahme dieser Passage
in das Gesetz vom Gesetz-
geber das Vorliegen haftähn-
licher Zustände nunmehr un-
terstellt wird und nicht mehr
beim Rehabilitierungsantrag
geprüft zu werden braucht.
Betroffene, deren Rehabilitie-
rungsanträge an diesem Kri-
terium gescheitert waren,
sollten daher einen neuen An-
trag stellen.

Herausgeber: Thüringer Landtag, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Jürgen-Fuchs-Straße 1 99096 Erfurt
Für die Seiten "Aus den Fraktionen" und "Die Landesbeauftragten" sind die jeweiligen Bereiche verantwortlich. Diese Zeitung dient der Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Landtags. Sie darf weder von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.